

Leserbrief zu FAZ vom 27.04.2020: "Grüne wollen Strompreis senken".

Nachdem der damalige „Grüne“ Umweltminister Jürgen Trittin in der Regierung Schröder am 17.12.2003 in einer EEG-Novelle mit dem Versprechen, dass dies die Stromverbraucher nur mit einer Kugel Eis im Monat belaste, Die erhöhte Förderung dieser Anlagen auf den Weg gebracht hatte, zeigt sich die Folgegeneration der „Grünen“ nun wählerfreundlich, die auf über 32 Milliarden Euro pro Jahr hochgelaufene Belastung aller Stromverbraucher durch die EEG Förderungen regenerativer Stromerzeugungsanlagen in Zukunft um 75 Prozent auf dann „nur“ noch 10 Milliarden Euro abzusenken. Somit hätten die Bürger und Unternehmen dann 22 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Die Grünen Parteichefs Annalena Baerbock und Robert Habeck verraten natürlich nicht, das damit der weitere Zubau an Solar- und Windenergie-Stromerzeugungsanlagen ganz natürlich zum Erliegen kommen wird. Das ist auch gut so, ebenso wie es die Förderung von Wärmepumpen durch niedrigere Stromkosten ist und auch schon immer war.

Aufgrund der hoch geförderten und technisch relativ leicht realisierbaren Stromerzeugung aus Solaranlagen nimmt die Zahl der Eigenerzeuger, vielfach unterstützt durch die Installation eines Stromspeichers mit rd. 7 kWh Energiespeichervermögen, deutlich zu. Der Haupteffekt ergibt sich aus dem Wegfall des über 50 prozentigen staatlichen Abgabeanteils an der Stromrechnung. Das geht solange gut, bis der Finanzminister den Einnahmeausfall dieser zunehmenden Verbrauchergruppe merkantil spürt.

Dann muss dieser entweder die Steuern erhöhen, oder die Stromversorger veranlassen, durch kostennähere Tarifgestaltung diesem Drang zur Eigenversorgung Einhalt zu gebieten.

Die öffentliche Stromversorgung ist nämlich umso kostengünstiger, je mehr Stromverbraucher sich in dieser Solidargemeinschaft eingliedern. **Das waren bis vor wenigen Jahren praktisch alle Haushalte.** Heute ist die Zahl der Vollstrombezieher aber aufgrund der EEG Förderung der eigenen Stromerzeugung mittels Solaranlagen oder der Beteiligung an Windprojekten deutlich gesunken, so dass die Versorgungsunternehmen immer stärker unter diesem Einnahmeausfall und dem Wettbewerbsdruck, zum Lieferantenwechsel im liberalisierten Strommarkt, zu leiden haben.

Unsere derzeitigen Stromtarife bilden nämlich die weitgehend durch Fixkosten und nicht durch Arbeitskosten bedingten Gesamtkosten nur sehr unvollkommen und nahezu gegenteilig ab. Dies ist der Grund dieser, die Volkswirtschaft schädigenden, energiewirtschaftlichen Fehlentwicklung, hin zur teilweise eigenen Stromerzeugung.

Dass der künftige CO₂ - Preis für die, bei Windflaute weiterhin notwendige Stromerzeugung aus den verbleibenden Kohle- und Gaskraftwerken, insbesondere nach Wegfall der kostengünstigeren CO₂ - freien Kernkraftwerke, wieder deutlich teurer wird und damit die EEG-Minderung wieder kompensiert, dürfte selbst den „Grünen“ wohl klar sein.

Helmut Alt

FAZ vom 27.4.2020
Grüne wollen EEG-Umlage zeitnah senken

BERLIN Die Grünen wollen Strom bald deutlich billiger machen, um die Wirtschaft nach der Corona-Krise wieder anzukurbeln. „Zur Unterstützung von Selbstständigen, mittelständischen Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern sollte die EEG-Umlage um fünf Cent je Kilowattstunde gesenkt werden, also um rund 75 Prozent“, schrieben die Parteichefs Annalena Baerbock und Robert Habeck in einem Beitrag für die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“.

Damit hätten Bürger und Unternehmen nach Berechnung der Grünen bis Ende nächsten Jahres insgesamt 22 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Am Samstag wollen die Grünen auf einem digitalen Parteitag über die Vorschläge beraten. Im Leitartikel heißt es, dass die EEG-Umlage schon Mitte dieses Jahres gesenkt werden soll.

Auch die große Koalition will die Ökostrom-Umlage senken – aber erst 2021, wenn ein CO₂-Preis Sprit, Heizöl und Erdgas verteuert. Ein Gesetz dazu will das Bundeswirtschaftsministerium bis Ende Juni vorlegen. (dpa)

FAZ vom 27.4.2020
Grüne wollen Strompreis senken

loe. BERLIN. Jahrelang verteidigten die Grünen die EEG-Umlage. Die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien gehört zu den Kernpositionen der Partei. In der Corona-Krise rückt die Parteispitze jetzt aber überraschend davon ab. „Zur Unterstützung von Selbstständigen, mittelständischen Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern sollte die EEG-Umlage um fünf Cent je Kilowattstunde gesenkt werden“, schrieben die Ko-Vorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Das entspräche einer Verringerung um rund 75 Prozent, der durchschnittliche Strompreis in Deutschland würde um etwa ein Sechstel sinken. Baerbock und Habeck argumentieren, bei sinkenden Strompreisen würden Elektroautos, Wärmepumpen oder Wasserstoff-Anwendungen wirtschaftlicher. Am kommenden Samstag wollen die Grünen auf einem kleinen Parteitag über Vorschläge für ein Konjunkturprogramm beraten, das insgesamt einen Kaufkrafteffekt von 22 Milliarden Euro haben soll. Dazu zählt auch ein Kurzarbeitergeld für Soloselbständige von maximal 1500 Euro im Monat. Zudem soll jeder Bürger einen Gutschein über 250 Euro erhalten, der nur im stationären Handel eingelöst werden kann.